

**No. 35114**

---

**Germany  
and  
Latvia**

**Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Latvia concerning the encouragement and reciprocal protection of investments (with protocol and exchange of notes). Bonn, 20 April 1993**

**Entry into force:** *9 June 1996 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 13*

**Authentic texts:** *German and Latvian*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Germany, 10 September 1998*

---

**Allemagne  
et  
Lettonie**

**Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Lettonie relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements (avec protocole et échange de notes). Bonn, 20 avril 1993**

**Entrée en vigueur :** *9 juin 1996 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 13*

**Textes authentiques :** *allemand et letton*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Allemagne, 10 septembre 1998*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

**Vertrag  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und der Republik Lettland  
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Republik Lettland –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß die Förderung und der Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

**Artikel 1**

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, wobei eine Änderung ihrer Form ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt läßt, insbesondere
  - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
  - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
  - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
  - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
  - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufschungs- und Gewinnkonzessionen;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Investoren“
  - a) natürliche Personen
    - in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
    - in bezug auf die Republik Lettland: ständige Einwohner der Republik Lettland im Sinne der Gesetzgebung der Republik Lettland,
  - b) Gesellschaften  
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im jeweiligen Hoheitsgebiet einer Vertragspartei haben, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

**Artikel 2**

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(3) Dieser Vertrag findet auf Kapitalanlagen Anwendung, die in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen der Vertragspartei vorgenommen worden sind, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet. Jede Vertragspartei wird Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in Übereinstimmung mit ihren gesetzlichen Bestimmungen zulassen. Solche Kapitalanlagen genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

(4) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

**Artikel 3**

(1) Jede Vertragspartei behandelt zugelassene Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Investoren der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit zugelassenen Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

**Artikel 4**

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung

muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

#### Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

#### Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

#### Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

#### Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

#### Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags seit dem 1. Januar 1949 vorgenommen haben.

#### Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll des im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Ommanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens des vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Investoren einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

#### Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gültig beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

#### Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

#### Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 20. April 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und lettischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Kinkel

Für die Republik Lettland

G. Andrejevs

**Protokoll**

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Lettland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

**(1) Zu Artikel 1**

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung, ob eine natürliche Person Investor ist, gilt insbesondere jede natürliche Person als Investor, die ein von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellttes nationales Personaldokument besitzt.

**(2) Zu Artikel 3**

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Beschränkungen beim Bezug von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen beim Absatz von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige Investoren auszuweiten.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage werden wohlwollend geprüft.

**(3) Artikel 4**

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch die in Artikel 4 genannten Maßnahmen das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, in seiner wirtschaftlichen Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

**(4) Zu Artikel 5**

- a) Während einer Übergangszeit bis zur Einführung einer nationalen Währung, aber nicht später als bis zum 31. Dezember

1993, wird die Republik Lettland alle Anstrengungen unternehmen, die für den freien Transfer erforderlichen Devisen zur Verfügung zu stellen, insbesondere für den Transfer von Erträgen.

Unabhängig davon sind Entschädigungen nach Artikel 4 dieses Vertrags frei transferierbar.

- b) Nach Einführung einer nationalen Währung, oder nach Ablauf der oben genannten Übergangszeit gilt Artikel 5 uneingeschränkt.

**(5) Zu Artikel 7**

- e) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.
- b) Für die Republik Lettland wird der am Tage des Transfers anzuwendende Kurs von der Bank von Lettland festgelegt.

**(6) Transportklausel**

Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, beziehungsweise, die sich im Zusammenhang damit wirtschaftlich betätigen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, wenn notwendig, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) die oben genannten Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Bonn am 20. April 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und lettischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Kinkel

Für die Republik Lettland

G. Andrejews

[ LATVIAN TEXT — TEXTE LETTON ]

Līgums  
starp Vācijas Federatīvo Republiku  
un Latvijas Republiku  
par ieguldījumu veicināšanu un to apbūšēju aizsardzību

Vācijas Federatīvā Republika  
un  
Latvijas Republika,

vēloties padziļināt ekonomisko sadarbību starp abām valstīm,

tiecoties radīt labvēlīgus apstākļus vienas valsts ieguldītāju kapitāla ieguldījumiem otras valsts teritorijā,

apzinoties, ka šo ieguldījumu sekmēšana un aizsardzība ar līgumu ir piemērota privātās iniciatīvas aktivizēšanai un abu tautu labklājības veicināšanai –

ir vienojušās par sekojošo:

1. pants

Šī Līguma mērķiem:

- ar terminu „ieguldījumi” saprot visa veida īpašumu, pie kam, tā formas maiņa īpaši nemaina ieguldījuma statusu, galvenokārt:
  - kustamais un nekustamais īpašums kā arī citas īpašuma tiesības, tādas kā hipotēkas un ķīlas tiesības;
  - tiesības uz daļas līdzdalību sabiedrībās un cita veida līdzdalība sabiedrībās;
  - tiesības pieprasīt naudas līdzekļus, kas ir ieguldīti, lai radītu ekonomiskas vērtības vai pakalpojumus, kam ir ekonomiska vērtība;
  - intelektuālā īpašuma tiesības, īpaši tādas kā autoritātes, patenti, lietderīgie paraugi vai modeļi, rūpnieciskie paraugi un modeļi, markas/firmas zīmes, tirdzniecības zīmes, uzņēmuma un biznesa nosaukumi, tehnoloģija, know-how un goodwill;
  - sabiedrisko tiesību koncesijas, ieskaitot tiesības uz izpēti un ieguvu;
- ar terminu „ienākumi” saprot tās naudas summas, kas tiek iegūtas ieguldījuma rezultātā laika periodā, kā piemēram, peļņas daļu, dividendes, procentus, ienākumus no licencēm vai arī citas atīdzības;
- ar terminu „ieguldītāji” saprot
  - fiziskas personas
    - attiecībā uz Vācijas Federatīvo Republiku, vācieši VFR pamatlikuma ietvaros,
    - attiecībā uz Latvijas Republiku, Latvijas Republikas pastāvīgie iedzīvotāji Latvijas Republikas likumdošanas nozīmē.
  - sabiedrības
    - katra juridiskā persona, kā arī tirdzniecības sabiedrība vai cita veida sabiedrība vai apvienība ar vai bez juridiskas personas tiesībām, kuras pastāvīgā atrašanās vieta ir attiecīgās līguma puses teritorijā, neatkarīgi no tā, vai tās darbība ir orientēta uz peļņas iegūšanu vai nē.

2. pants

(1) Katra Līgumslēdzēja Puse pēc iespējas sekmēs savā teritorijā otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumus un rīkošies ar ieguldījumiem jebkurā gadījumā vienlīdzīgi un godprātīgi.

(2) Viena Līgumslēdzēja Puse savā teritorijā nekādā veidā ar patvaļīgiem vai diskriminējošiem pasākumiem neietekmēs otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumu pārvaldīšanu, pieļaušanu, izmantošanu.

(3) Šis Līgums ir spēkā attiecībā uz tiem ieguldījumiem, kas ir veikti saskaņā ar tās Līgumslēdzējas Puses likumdošanu, kuras teritorijā ieguldījuma ir veikts. Katra Līgumslēdzēja Puse pieļaus otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumus savā teritorijā saskaņā ar savu likumdošanu. Šādi ieguldījumi bauda pilnu šī Līguma aizsardzību.

(4) Līgums ir spēkā arī ekonomiskajā zonā un kontinentālajā šelfā, tā kā attiecīgās Līgumslēdzējas Puses starptautiskās tiesības pieļauj realizēt savu jurisdikciju vai savas suverēnās tiesības šajos apgabalos.

3. pants

(1) Katra Līgumslēdzēja Puse nodrošina savā teritorijā atļautajiem ieguldījumiem, kas atrodas otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju īpašumā vai kontrolē ne mazāk izdevīgu režīmu, kāds tas ir savas valsts ieguldītāju ieguldījumiem vai trešās valsts ieguldītāju ieguldījumiem.

(2) Katra Līgumslēdzēja Puse piemēro otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītājiem, attiecībā uz viņu darbību saskaņā ar atļautajiem ieguldījumiem savā teritorijā, ne mazāk labvēlīgu attieksmi kā savas valsts ieguldītājiem vai trešās valsts ieguldītājiem.

(3) Šis režīms neattiecas uz privilēģijām, kuras viena Līgumslēdzēja Puse piešķir trešās valsts ieguldītājiem, kas izriet no to līdzdalības muitas un ekonomiskajās savienībās, brīvās tirdzniecības zonā vai arī no līdzdalības tajās kā asociētai lokāli.

(4) Šajā pantā nodrošinātā rīcība neattiecas uz privilēģijām, kuras viena Līgumslēdzēja Puse piešķir trešās valsts ieguldītājiem, kas izriet no līguma par izvalīšanas no divkāršās aplikšanas ar nodokļiem vai citām vienošanām, kas skar nodokļu jautājumus.

4. pants

(1) Vienas Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumi bauda otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā pilnu aizsardzību un pilnu drošību.

(2) Vienas Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumus drīkst atsavināt, nacionalizēt vai pakļaut citiem pasākumiem, kas savā darbībā līdzinās atsavināšanai, nacionalizācijai, otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā tikai vispārējās labklājības nolūkā un atsavināti tikai pret kompensāciju. Kompensācijai jābilst atsavinātāji ieguldījuma vērtībai, kas ir noteikta tieši pirms brīža, kad faktiski oficiāli kļuva zināms par iestenošiem vai paredzētiem nacionalizācijas vai līdzīga veida pasākumiem. Kompensācija ir jāmaksā bez kavēšanas. Līdz kompensācijas izmaksas brīdim

kompensācijas summai tiek piešķirti procenti saskaņā ar pieņemto bankas procentu likmi; tai faktiski ir jābūt izmantojamai un brīvi pārvedamai. Vēlākais līdz atsavināšanai, nacionalizācijai vai līdzīga pasākuma brīdī atbilstoši ir jānodrošina kompensācijas noteikšana un realizāšana. Atsavināšanas, nacionalizācijas vai līdzīga veida pasākuma likumībai un kompensācijas likumam ir jābūt fiksētiem un pārbaudāmiem likumdošanas noteiktajā kārtībā.

(3) Vienas Līgumslēdzējas Puses ieguldītājiem, kuru ieguldījumi kara vai cita bruņota konflikta, revolūcijas, valsts katastrofāla stāvokļa vai nemieru rezultātā otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā cietis zaudējumus, atmaksāšanas, atkāpšanās naudas, kompensācijas vai citos līdzīgos jautājumos tiek nodrošināta ne mazāk labvēlīga attieksme kā savas valsts ieguldītājiem. Šādiem maksājumiem jābūt brīvi pārvedamiem.

(4) Attiecībā uz gadījumiem, kurus regulē šis pants, vienas Līgumslēdzējas Puses ieguldītāji otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā bauda vislielāko labvēlības statusu.

#### 5. pants

Katra Līgumslēdzēja Puse garantē otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītājiem maksājumu, sakarā ar ieguldījumiem brīvu pārvešanu, proti:

- a) kapitālam un papildus summām/lemakšām, ieguldījumu uzbrūšanai kārtībā vai to apjoma palielināšanai,
- b) ienākumiem no ieguldījumiem,
- c) aizdevumu atmaksām,
- d) summām, kas pienākas sakarā ar pilnīgu vai daļēju likvidāciju vai ieguldījumu pārdošanu
- e) kompensācijām, kas paredzētas dotā Līguma 4. pantā.

#### 6. pants

Ja viena Līgumslēdzēja Puse otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā izmaksā kompensāciju saviem ieguldītājiem, pamatojoties uz ieguldījumu garantijām, tad šī otra Līgumslēdzēja Puse, nekaitējot pirmās Līgumslēdzējas Puses tiesībām, kas izriet no šī Līguma 10. panta, atzīs uz tikuma vai līguma pamata par spēkā esošām visu ieguldītāja tiesību vai prasību nodošanu pirmajai Līgumslēdzējai Pusei.

Otra Līgumslēdzēja Puse tāpat arī atzīs to, ka pirmā Līgumslēdzēja Puse pārņem šīs tiesības vai prasības (cedētās prasības), kuras pirmā Līgumslēdzēja Puse ir tiesīga īstenot tādā pašā apmērā kā ieguldītājs. Attiecībā uz maksājumu pārvešanu uz cedēto prasību pamata, atbilstoši, tiek pielietoti 4. panta 2. un 3. punkts un 5. pants.

#### 7. pants

(1) Maksājumu pārveidumi notiek nekavējotī saskaņā ar 4. panta 2. vai 3. punktu, 5. pantu vai 6. pantu pēc dotā brīdī esošā kursa.

(2) Šim kursam ir jāatbilst „cross rate” kursam, kas izriet no tā pārējinu kursa attiecīgajām valūtām, ko veic Starptautiskais valūtas fonds brīdī, kad tiek izdarīti maksājuma pārējini konvencijām valūtā.

#### 6. pants

(1) Ja no vienas Līgumslēdzējas Puses likumdošanas vai starptautiskā tiesiskajām saistībām, kas izriet no šī Līguma pastāv vai nākotnē var tikt nodibinātas starp Līgumslēdzējām Pusēm, izriet vispārēja vai īpaša kārtība, ar kuru vienas Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumiem tiek garantēts lielākas labvēlības statuss, nekā paredz šis Līgums, tad šai kārtībai ir priekšroka, ja tā ir labvēlīgāka.

(2) Katra Līgumslēdzēja Puse ievēros jebkuras citas saistības, kuras tā ir pārņēmusi savā teritorijā sakarā ar otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumiem.

#### 9. pants

Šis Līgums ir spēkā arī attiecībā uz tiem ieguldījumiem, kurus ir izdarījuši vienas Līgumslēdzējas Puses ieguldītāji atbilstoši otras Līgumslēdzējas Puses likumdošanai tās teritorijā pirms šī Līguma stāšanās spēkā kopā 01. 01. 1949.

#### 10. pants

(1) Strīdus jautājumi starp Līgumslēdzējām Pusēm par šī Līguma iztulkotānu vai pielietojumu pēc iespējas ir jārisina ar abu Līgumslēdzēju Pušu valdību starpniecību sarunu ceļā.

(2) Ja šis strīdus jautājums nevar tikt noregulēts šādā ceļā, tad tas, pēc vienas Līgumslēdzējas Puses pieprasījuma, ir jānodod šķīrējtiesai atrisināšanai.

(3) Šķīrējtiesa tiek sasaukta katram gadījumam atsevišķi, pie kam katra Līgumslēdzēja Puse ieceļ vienu šķīrējtiesas locekli un abi ieceltie šķīrējtiesas locekļi savstarpēji vienojas par trešās valsts pilsoņa kandidātūru kā priekšsēdētāju, kuru ieceļ abu Līgumslēdzēju Pušu valdības. Šķīrējtiesas locekļi ir jāieceļ 2 mēnešu laikā, bet šķīrējtiesas priekšsēdētājs 3 mēnešu laikā, pēc tam, kad pirmā Līgumslēdzēja Puse ir paziņojusi otrai Līgumslēdzējai Pusei par to, ka strīdus jautājumu iesniegts izskatīšanai šķīrējtiesā.

(4) Ja netiek ievēroti 3. punktā noteiktie termiņi, tad, ja nav cita nolīguma, katrai no Līgumslēdzējām Pusēm ir tiesības griezties pie ANO Starptautiskās tiesas prezidenta ar lūgumu veikt nepieciešamo locekļu iecelšanu. Gadījumā, ja prezidentam ir kādas no Līgumslēdzējas Puses pilsonība vai ir citi apstākļi, kas kavē pilnīgu šo pienākumu, tad locekļu iecelšanu veic viceprezidents. Ja arī viceprezidentam ir vienas vai otras Līgumslēdzējas Puses pilsonība vai pastāv citi apstākļi, kas kavē veikt šo pienākumu, tad locekļu iecelšanu veic pēc ranga nākošais šķīrējtiesas loceklis, kuram nav vienas vai otras Līgumslēdzējas Puses pilsonības.

(5) Šķīrējtiesa pieņem lēmumu ar balsu vairākumu. Tās lēmumi ir saistoši, un tiem ir obligāta rakstura. Katra no Līgumslēdzējām Pusēm sedz izdevumus, kas saistīti ar tās nozīmētā locekļa darbību, kā arī savu pārstāvēšanu šķīrējtiesā, arī izdevumus, kas saistīti ar šķīrējtiesā ieceltā priekšsēdētāja darbību, kā arī citi izdevumi, kurus abas puses apmaksā sadalot divās vienādās daļēs. Šķīrējtiesa var noteikt arī citu izdevumu segšanas kārtību. Visos pārējos jautājumos šķīrējtiesa pati patstāvīgi nosaka savas darbības kārtību.

(6) Je abas Līgumslēdzējas Puses ir arī 1965. gada 18. marta konvencijas par ieguldījumu strīdu izskatīšanu, starp valstīm un citu valstu pilsoņiem dalībnieces, tad saskaņā ar šīs konvencijas 27. panta 1. punktu, šķīrējtiesa nav jāsasauc, ja starp vienas Līgumslēdzējas Puses un otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītājiem saakanā ar 25. pantu ir spēkā īpaša vienošanās. Iespēja sasaukt iepriekš paredzēto šķīrējtiesu, gadījumā ja netiek ievērota minētās vienošanās šķīrējtiesas lēmums (27. panta) vai likumā noteiktas tiesību pārcēšanās gadījumā vai, pamatojoties uz šī līguma 6. panta noteikto, paliek spēkā.

#### 11. pants

(1) Strīdus jautājumi attiecībā uz ieguldījumiem starp vienas Līgumslēdzējas Puses un otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju, cik vien iespējams, jārisina draudzīgā ceļā.

(2) Ja strīdus jautājumu nevar atrisināt 6 mēnešu laikā no brīža, kad viena no Līgumslēdzējām Pusēm paziņoja par strīdu, tad to pēc otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāja pieprasījuma nodod šķīrējtiesai. Gadījumā, ja strīdus puses nevienosies par ko citu, tad ir jāpiemēro šī Līguma 10. panta 3. līdz 5. punkts, saskaņā ar kuru šķīrējtiesas locekļu iecelšanu veic strīdus puses saskaņā ar 10. panta 3. punktu, un gadījumā, ja nepastāv citas vienošanās, tās var lūgt Parīzes Starptautiskās tirdzniecības palātas šķīrējtiesas prezidentu veikt nepieciešamo iecelšanu, gadījumā, ja netiek ievēroti 10. pantā 3. punktā noteiktie termiņi. Šķīrējtiesas lēmumu izpilda pēc valsts likumiem.

(3) Strīdā iesaistītā Līgumslēdzēja Puse tiesas procesa laikā vai arī šķīrējtiesas lēmuma izpildes laikā neizvirzīs kā argumentu to, ka otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītājs ir saņēmis no apdrošināšanas daļēju vai pilnīgu kompensāciju par ciestajiem zaudējumiem.

(4) Gadījumā, ja abas Līgumslēdzējas Puses ir arī 1965. gada 18. marta konvencijas par ieguldījumu strīdu izskatīšanu, starp valstīm un citu valstu pilsoņiem dalībniecēs, un strīdus jautājums, saskaņā ar šo pantu, tiek nodots izskatīšanai šķīrējtiesā saskaņā ar iepriekš minēto konvenciju, kas nozīmē, ka strīdus puses nonākušas pie citas vienošanās, tad katra Līgumslēdzēja Puse deklarē par savu piekrišanu šādai kārtībai.

#### 12. pants

Šis Līgums ir spēkā, neatkarīgi no tā vai starp abām Līgumslēdzējām Pusēm pastāv diplomātiskās vai konsulārās attiecības.

#### 13. pants

(1) Šim Līgumam ir nepieciešama ratifikācija; apmaiņa ar ratifikācijas dokumentiem tiks īstenota pēc iespējas īsākā laikā.

(2) Šis Līgums stājas spēkā 1 mēnesi pēc apmaiņas ar ratifikācijas dokumentiem. Līgums ir spēkā 10 gadus, pēc tā iztecesanas tā darbība pagarinās uz neierobežotu laiku, ja neviena no Līgumslēdzējām Pusēm 12 mēnešus iepriekš rakstiski nepieprasīs Līguma denonsāciju. Pēc 10 gadu notecēšanas Līgumu var anulēt, 12 mēnešus iepriekš par to paziņojot rakstiskā formā.

(3) Attiecībā uz ieguldījumiem, kas ir izdarīti līdz brīdim, kad beidzas šī Līguma darbība, panti no 1. līdz 12. darbojas arī turpmākos 20 gadus no brīža, kad šis Līgums ir zaudējis spēku.

Noslēgts Bonnā, 1993. gada 20. aprīlī, divos oriģināleksemplāros, katrs vācu un latviešu valodās, pie kam abiem tekstiem ir vienāds spēks.

Vācijas Federatīvās Republikas vārdā  
Kinkel

Latvijas Republikas vārdā  
G. Andrejevs



Protokols

Parakstot Līgumu starp Vācijas Federatīvo Republiku un Latvijas Republiku par ieguldījumu veicināšanu un abpusēju aizsardzību, Līgumslēdzējas Puses bez tam vienojās par sekojošiem noteikumiem, kuri ir uzskatāmi par šī Līguma sastāvdaļu:

(1) 1. pantam

- a) Ienākumi no ieguldījuma un no tā tālākas ieguldīšanas, kā arī ienākumi no šā tālāk ieguldītā kapitāla bauda tācu pašu aizsardzību, kā paši ieguldījumi.
- b) Neaizskarot citas noteikšanas metodes, vai fiziskā persona ir ieguldītājs, par ieguldītāju uzskatāma katra fiziska persona, kurai ir attiecīgās Līgumslēdzējas Puses kompetentas iestādes izsniegta nacionālais personības dokuments.

(2) 3. pantam

- a) Ar „darbību” 3. panta 2. punkta nozīmē ir jāsaprot ne tikai ieguldījumu pārvaldīšana, pielietošana, izmantošana. Ar „mazāk izdevīgi” 3. panta nozīmē ir jāsaprot atšķirīga kārtība, taču īpaši ierobežojumu gadījumā izvēlietu un palīgmateriālu, enerģijas un degmateriālu iegāde, kā arī visa veida ražošanas un tehnisko līdzekļu iegāde, atšķirīga izturēšanās gadījumā, ja tiek iekšējā attiecībā uz produkcijas realizāciju iekšzēmē un ārzmēs, kā arī cita veida pasākumi ar līdzīgām sekām. Pasākumi, kas jāveic sabiedriskās kārtības un drošības dēļ, veselības aizsardzības nolūkā vai tikumisku apsvērumu dēļ, netiek uzskatīti par „mazāk izdevīgiem” 3. panta nozīmē.

- b) 3. panta noteikumi neuzliek par pienākumu vienai Līgumslēdzējai Pusei nodrošināt nodokļu privilēģijas, atbrīvošanu no nodokļiem vai to samazināšanu personām, kurām pastāvīgā dzīves vieta ir otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā, ja augšminētie atvieglojumi paredzēti tikai personām, kuru pastāvīgā dzīves vieta ir pirmās Līgumslēdzējas Puses teritorijā.

- c) Saskaņā ar valsts likumdošanu Līgumslēdzējas Puses labvēlīgi pārbaudīs otras Līgumslēdzējas Puses personu iesniegumu par tās iebraukšanu un uzturēšanos pirmās teritorijā, ja tā ir saistīta ar ieguldījumiem; tas pats attiecas uz strādājošiem, kas vēlas iebraukt un uzturēties otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā, lai darbotos šeit kā darba ņēmējs saistībā ar ieguldījumiem. Arī pieprasījumi izsniegt darba atļauju, kas saistīti ar ieguldījumu, tiks godprātīgi pārbaudīti.

(3) 4. pantam

Tiesības prasīt kompensāciju pastāv arī tad, ja, 4. panta nozīmē, netiek iekļauts uzņēmuma, kas ir ieguldījuma objekts, darbībā, un līdz ar to būtiski tiek ietekmēta tā ekonomiskā substance.

(4) 5. pantam

- a) Pārejas periodā, līdz nacionālās valūtas ieviešanai, bet ne vēlāk kā līdz 31. 12. 1993. gadam, Latvijas Republika pietiks

visas puses, lai nodrošinātu brīvam pārvedumam, īpaši peļņas pārvedumiem, nepieciešamo konvertējamās valūtas daudzumu.

Neatkarīgi no iepriekšēiktā, 4. pantā minētās kompensācijas ir brīvi pārvedamas.

- b) Pēc nacionālās valūtas ieviešanas, vai arī pēc augšminētā pārejas perioda iztecēšanas, neierobežoti spēkā ir 5. pants.

(5) 7. pantam

- a) „Nekavējošs” 7. panta 1. punkta nozīmē ir pārvedums, kas tiek veikts tādā termiņā, kāds ir normāli nepieciešams pārveduma formalitātēm. Termiņš sākas ar attiecīga iesnieguma iesniegšanu un nekādā gadījumā nedrīkst pārsniegt divus mēnešus.

- b) Attiecībā uz Latvijas Republiku Latvijas Banka nosaka pārveduma operācijas dienā piemērojamo kursu.

(6) Transporta klauzula

Pārvedājot preces, kas ir saistītas ar ieguldījumiem, un personas, kuru saimnieciskā darbība ir saistīta ar ieguldījumiem, viena Līgumslēdzēja Puse neierobežos un neietekmēs otras Līgumslēdzējas Puses transportuzņēmumus un, ja nepieciešams, izsniegs atļaujas transportpārvedājumiem. Ar pārvedājumiem saņemt:

- a) preces, kas ir domātas tieši ieguldījumam šī Līguma izpratnē, vai kuras ir iegādājies kāds uzņēmums, vai tās ir iegādātas kāda uzņēmuma uzdevumā, Līgumslēdzējas Puses vai trešās valsts teritorijā, un kuras ir īpašums šī Līguma nozīmē.

- b) augstāk minētās personas, kuru ceļojums ir saistīts ar ieguldījumiem.

Noslēgts Bonnā, 1993. gada 20. aprīlī, divos oriģināleksemplāros, katrs vācu un latviešu valodās, pie kam abiem tekstiem ir vienāds spēks.

Vācijas Federatīvās Republikas vārdā  
Kinkel

Latvijas Republikas vārdā  
G. Andrejews

[Exchange of notes -- Échange de notes]

I

[Latvian text -- Texte lettone]

Ministry for Foreign Affairs  
Republic of Latvia

Bonna, 1993. gada 20. aprīlis

Godājamais ministra kungs,

sakarā ar Līguma parakstīšanu par ieguldījumu veicināšanu un  
abpusēju aizsardzību starp Latvijas Republiku un Vācijas Fede-  
ratīvo Republiku atļaujos Jums darīt zināmu sekojošo:

Latvijas Republikas Valdība, pieņemusi zināšanai, ka atbildīgās  
Vācijas iestādes var nodrošināt vācu ieguldītāju ieguldījumu veici-  
nāšanu Latvijā jau pirms Līguma stāšanās spēkā, provizoriski  
pielietos Līgumu no parakstīšanas dienas. Šis paskaidrojums tiek  
izteikts cerībā, ka Vācijas Federatīvās Republikas Valdība ap-  
svērs ieguldījumu garantiju pārņemšanu Latvijā jau pirms Līguma  
stāšanās spēkā.

Pieņemiet, godājamais ministra kungs, manas cieņas visdzi-  
ļāko apliecinājumu.

G. Andrejevs  
Latvijas Republikas ārlietu ministrs

Vācijas Federatīvās Republikas ārlietu ministram  
Dr. K. Kinkela kungam  
Bonna

[German text -- Texte allemand]

Bonn, den 20. April 1993

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der  
Republik Lettland und der Bundesrepublik Deutschland über die  
Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen  
beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Lettland wird nach Kenntnisnahme  
davon, daß die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutsch-  
land Maßnahmen zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher  
Investoren in Lettland schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags  
gewähren können, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an  
vorläufig anwenden. Diese Erklärung wird in der Erwartung ab-  
gegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die  
Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in Lettland schon  
vor dem Inkrafttreten des Vertrags erwägt.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner  
ausgezeichneten Hochachtung.

G. Andrejevs  
Außenminister der Republik Lettland

An den  
Bundesminister des Auswärtigen  
der Bundesrepublik Deutschland  
Herrn Dr. K. Kinkel  
Bonn

II

[German text -- Texte allemand]

Der Bundesminister  
des Auswärtigen

Bonn, 20. April 1993

Exzellenz,

ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom heutigen Tage mit folgendem Inhalt zu bestätigen:

„Aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Republik Lettland und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Lettland wird nach Kenntnisnahme davon, daß die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher Investoren in Lettland schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags gewähren können, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung vorläufig anwenden. Diese Erklärung wird in der Erwartung abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in Lettland schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags erwägt.“

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Kinkel

An den  
Außenminister der  
Republik Lettland  
Herrn Georgs Andrejevs

[TRANSLATION - TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE  
REPUBLIC OF LATVIA CONCERNING THE ENCOURAGEMENT AND  
RECIPROCAL PROTECTION OF INVESTMENTS

The Federal Republic of Germany and the Republic of Latvia,  
Desiring to intensify economic cooperation between both States,  
Striving to create favourable conditions for investments by investors of one State in the  
territory of the other State,  
Recognizing that the encouragement and protection of such investments are likely to  
stimulate private economic initiative and increase the prosperity of both peoples;  
Have agreed as follows:

*Article 1*

For the purposes of this Treaty:

1. The term "investments" shall comprise all types of assets, whereby any alteration to  
their form shall not affect their classification as an investment, in particular:

(a) Movable and immovable property, as well as other rights in rem such as mortgages,  
liens and pledges;

(b) Shares in companies and other forms of participation in companies;

(c) Claims to money used to create an article of economic value, or claims to services  
which have an economic value;

(d) Intellectual property rights, such as copyright, patents, utility models, industrial  
patterns and models, trademarks, trade names, business and trade secrets, technical pro-  
cesses, know-how and goodwill;

(e) Business concessions under public law, including prospecting and mining conces-  
sions.

2. The term "returns" shall mean those amounts yielded by an investment over a certain  
period, such as percentages of profits, dividends, interest and licence or other fees.

3. The term "investor" shall mean

(a) Natural persons:

In respect of the Federal Republic of Germany:

Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany;

In respect of the Republic of Latvia:

Permanent residents of the Republic of Latvia within the meaning of the laws and reg-  
ulations of the Republic of Latvia;

(b) Companies:

Any juridical person, commercial or other company or association, with or without legal personality, having its seat in the territory of the respective Contracting Party, irrespective of whether or not its activities are profit-oriented.

*Article 2*

(1) Each Contracting Party shall in its territory as far as possible promote investments by investors of the other Contracting Party and in every case shall afford them fair and equitable treatment.

(2) Neither Contracting Party shall prejudice in any way by means of arbitrary or discriminatory measures the management, employment, use or enjoyment of investments made by investors of the other Contracting Party in its territory.

(3) This Treaty shall apply to investments which have been made in accordance with the legal provisions of the Contracting Party in whose territory the investment is situated. Each Contracting Party shall permit investments in its territory by investors of the other Contracting Party, in accordance with its legal provisions. Such investments shall enjoy the full protection of this Treaty.

(4) The Treaty shall likewise apply in the territories of the exclusive economic zone and the continental shelf, insofar as international law permits the Contracting Party concerned to exercise sovereign rights or powers in those territories.

*Article 3*

(1) Each Contracting Party shall accord to permitted investments in its territory, that are the property or under the influence of investors of the other Contracting Party treatment that is no less favourable than that which it accords to investments made by its own investors or investments made by investors of third States.

(2) Each Contracting Party shall accord to investors of the other Contracting Party, in respect of their activities in connection with permitted investments in its territory, treatment that is no less favourable than that which it accords to its own investors or investors of third States.

(3) This treatment shall not apply to prerogatives which a Contracting Party grants to the investors of third States by virtue of their membership of or association with a customs or economic union or free-trade area.

(4) The treatment accorded in pursuance of this article shall not apply to privileges which a Contracting Party grants to the investors of third States under a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

*Article 4*

(1) Investments by investors of a Contracting Party shall enjoy full protection and full security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments made by investors of a Contracting Party may not be expropriated, nationalized or subjected to other measures which would be tantamount to expropriation or

nationalization in the territory of the other Contracting Party, save in the public interest and against compensation. Compensation must be equivalent to the value of the expropriated investment immediately preceding the date on which the actual or imminent expropriation, nationalization or comparable measure became publicly known. Compensation must be paid promptly and shall bear interest at the usual bank rate until the day on which it is paid. It must be effectively realizable and freely transferable. Appropriate provision shall be made for the assessment and payment of compensation, no later than on the day on which the expropriation, nationalization or comparable measure occurs. The lawfulness of the expropriation, nationalization or similar measure and the amount of compensation must be susceptible of review in proceedings by due process of law.

(3) Investors of a Contracting Party whose investments in the territory of the other Contracting Party suffer losses owing to war or other armed conflicts, revolution, a state of national emergency or revolt, shall be accorded no less favourable treatment by the latter Contracting Party than that Party accords to its own investors with regard to restitution, settlements, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Investors of either Contracting Party shall receive most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this article.

#### *Article 5*

Each Contracting Party shall guarantee to investors of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) Of the capital and additional amounts for maintaining or increasing the investment;
- (b) Of the returns;
- (c) In repayment of loans;
- (d) Of the proceeds from the complete or partial liquidation or sale of the investment;
- (e) Of the compensation provided for in article 4.

#### *Article 6*

If a Contracting Party makes a payment to its investors under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party, without prejudice to the rights of the first Contracting Party under article 10, shall recognize the assignment of all rights and claims of these investors to the first Contracting Party by virtue of law or a contract. The other Contracting Party shall further recognize the subrogation of the first Contracting Party to all the rights and claims (assigned claims) which the first Contracting Party is entitled to exercise to the same extent as its predecessor in title. Article 4, paragraphs 2 and 3, and article 5 shall apply *mutatis mutandis* to the transfer of payments by virtue of the assigned claims.

*Article 7*

(1) Transfers under article 4, paragraphs 2 and 3, and articles 5 and 6 shall take place promptly at the exchange rate in effect on the day of the transfer.

(2) This rate must be equivalent to the cross rate resulting from the rates of exchange which the International Monetary Fund would take as a basis for converting the currencies in question into special drawing rights on the day of the transfer.

*Article 8*

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty result in general or specific rules entitling investments by investors of the other Contracting Party to treatment more favourable than is provided for by this Treaty, these rules, to the extent that they are more favourable, shall prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting Party shall honour any other obligation it has accepted with regard to investments in its territory by investors of the other Contracting Party.

*Article 9*

This Treaty shall also apply to investments made by investors of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party, in accordance with the legislation of the latter, between 1 January 1949 and the entry into force of this Treaty.

*Article 10*

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Treaty shall be settled, if possible, by the Governments of the two Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot thus be settled, it shall be submitted to an arbitral tribunal, upon the request of either Contracting Party.

(3) The arbitral tribunal shall be constituted for each individual case as follows: each Contracting Party shall appoint one member and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. The members shall be appointed within two months and the chairman within three months from the date on which either Contracting Party informs the other that it wishes to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 have not been observed, in the absence of any other agreement, either Contracting Party may invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party, or if he is otherwise prevented from making the appointments, the Vice-President shall make them. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from making the appointments, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party shall make them.

(5) The arbitral tribunal shall reach its decision by a majority of votes. Its decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the costs of its own member and of its counsel in the arbitral proceedings; the costs of the Chairman and other costs shall be borne in equal parts by both Contracting Parties. The arbitral tribunal may make different arrangements concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

(6) If both Contracting Parties are parties to the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States,<sup>1</sup> in consideration of the provisions of article 27, paragraph 1 of the Convention, a dispute may not be brought before the arbitral tribunal provided for above if an agreement has been reached between the investors of one Contracting Party and the other Contracting Party under article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of referring the matter to the arbitral tribunal in the event that a decision of the arbitral tribunal established under the said Convention (article 27) is not complied with or in the event of an assignment of rights by virtue of law or a contract under article 6 of this Treaty.

#### *Article 11*

(1) Disputes regarding investments between one of the Contracting Parties and an investor of the other Contracting Party shall, as far as possible, be settled amicably between the parties to the dispute.

(2) If the dispute cannot be settled within six months from the time of its being raised by one of the parties to it, it shall be submitted to arbitration proceedings if the investor of the other Contracting Party so requests. Unless the parties to the dispute decide otherwise, the provisions of article 10, paragraphs 3 to 5 shall be applied *mutatis mutandis*, on condition that the members of the arbitral tribunal are appointed by the parties to the dispute, in pursuance of article 10, paragraph 3, and that if the periods specified in article 10, paragraph 3 are not observed, in the absence of any other agreements, either party to the dispute may invite the Chairman of the Court of Arbitration of the International Chamber of Commerce in Paris to make the necessary appointments. The arbitration award shall be enforced in accordance with national law.

(3) A Contracting Party which is a party to the dispute shall not at any stage of the arbitration proceedings or enforcement of an arbitration award raise the objection that the investor of the other Contracting Party has received compensation from an insurance policy for part or all of the damage.

(4) If both Contracting Parties are also parties to the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States, the disputes referred to in this article shall be subject to arbitration proceedings within the framework of the aforementioned Convention, unless the parties to the dispute decide otherwise. Each Contracting Party hereby declares its consent to such proceedings.

---

1. United Nations, *Treaty Series*, vol. 575, p. 159.



*Article 12*

This Treaty shall apply irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

*Article 13*

(1) This Treaty requires ratification. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Treaty shall enter into force one month after the exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for ten years; thereafter its validity shall be extended for an unlimited period unless denounced in writing by either of the Contracting Parties twelve months before its expiration. After the expiry of the ten-year period the Treaty may be denounced at any time with twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, articles 1 to 12 shall continue to apply for a further period of twenty years as from the date of termination of this Treaty.

Done at Bonn on 20 April 1993 in duplicate, in the German and Latvian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

KINKEL

For the Republic of Latvia:

G. ANDREJEVS

PROTOCOL

On signing the Treaty concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, concluded between the Federal Republic of Germany and the Republic of Latvia, the undersigned plenipotentiaries have further agreed on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the Treaty:

(1) Ad Article 1

(a) Returns from the investment and, in the event of their reinvestment, the returns therefrom also, shall enjoy the same protection as the investment.

(b) Without prejudice to any other procedure to determine whether a natural person is an investor, every natural person who possesses a national identification document issued by the relevant authorities of the Contracting Party in question shall be deemed an investor.

(2) Ad Article 3

(a) The following in particular, but not exclusively, shall be deemed "activities" within the meaning of article 3, paragraph 2: the management, employment, use and enjoyment of an investment. The following in particular shall be deemed "less favourable" treatment within the meaning of article 3: different treatment through restrictions on the purchase of raw or auxiliary materials, energy, fuels or productive or operational equipment of all kinds, different treatment through impediments to the sale of products on the domestic or foreign market and other measures having similar effects. Measures which must be taken on grounds of public security and order, public health or morals shall not be deemed "less favourable" within the meaning of article 3.

(b) The provisions of article 3 shall not oblige a Contracting Party to extend to investors domiciled in the territory of the other Contracting Party tax privileges, exemptions or reductions which, according to its tax laws, are granted solely to investors domiciled in its territory.

The Contracting Parties shall, within the framework of their national legislation, give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment and to remain there in order to take up employment. Applications for work permits in connection with an investment shall likewise be given sympathetic consideration.

(3) Ad Article 4

Entitlement to compensation shall also exist if, because of the measures referred to in article 4, the economic value of the enterprise in which the investment has been made is considerably reduced.

(4) Ad Article 5

(a) During a transitional period prior to the introduction of a national currency, but by 31 December 1993 at the latest, the Republic of Latvia shall use its best endeavours to make available the requisite foreign currency, in particular for the free transfer of returns.

Irrespective thereof, compensation under article 4 of this Treaty shall be freely transferable.

(b) Article 5 shall apply unrestrictedly after the introduction of a national currency or after the expiry of the aforementioned transitional period.

(5) Ad Article 7

(a) A transfer shall be deemed to have been "promptly" carried out within the meaning of article 7, paragraph 1, if effected within the period of time normally required for compliance with transfer formalities. The period shall commence with the submission of the relevant application and may under no circumstances exceed two months.

(b) For the Republic of Latvia, the rate to be applied on the day of the transfer shall be determined by the Bank of Latvia.

(6) Transport clause

Whenever goods connected with an investment or persons economically involved therewith are to be transported, a Contracting Party shall neither exclude nor hinder the transport enterprises of the other Contracting Party and shall, if necessary, issue permits as required to carry out the transport. This shall include the transportation of:

(a) Goods which are directly intended for the investment within the meaning of the Treaty, or which are purchased in the territory of a Contracting Party or third State by an enterprise or by order of an enterprise undertaking in which assets within the meaning of the Treaty have been invested;

(b) The above-mentioned persons travelling in connection with an investment.

Done at Bonn on 20 April 1993 in duplicate, in the German and Latvian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

KINKEL

For the Republic of Latvia:

G. ANDREJEVS

Exchange of Notes

I

MINISTRY FOR FOREIGN AFFAIRS

REPUBLIC OF LATVIA

Bonn, 20 April 1993

Sir,

On the occasion of the signature of the Treaty concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, concluded between the Republic of Latvia and the Federal Republic of Germany, I have the honour to inform you of the following:

The Government of the Republic of Latvia, having been informed that the relevant authorities of the Federal Republic of Germany are able to adopt measures to encourage investments in Latvia by German investors even before the Treaty comes into force, will provisionally apply the Treaty as from the day on which it is signed. This declaration is made in the expectation that the Government of the Federal Republic of Germany will consider taking over guarantees for investments in Latvia before the Treaty comes into force.

Accept, Sir, etc.

G. ANDREJEVS

Minister for Foreign Affairs of the Republic of Latvia

Dr. K. Kinkel  
Federal Minister for Foreign Affairs  
of the Federal Republic of Germany  
Bonn

II  
THE FEDERAL MINISTER FOR FOREIGN AFFAIRS

Bonn, 20 April 1993

Sir,

I have the honour to acknowledge receipt of your note of today's date and reading as follows:

*[See note I]*

Accept, Sir, etc.

Mr. Georgs Andrejevs  
Minister for Foreign Affairs  
of the Republic of Latvia

KINKEL

[TRANSLATION - TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA  
RÉPUBLIQUE DE LETTONIE RELATIF A LA PROMOTION ET À LA  
PROTECTION RÉCIPROQUE DES INVESTISSEMENTS

La République fédérale d'Allemagne et la République de Lettonie,  
Souhaitant approfondir la coopération économique entre les deux Etats,  
Désireuses de créer des conditions favorables aux investissements des investisseurs de  
chaque Etat sur le territoire de l'autre,  
Reconnaissant que la promotion et la protection de ces investissements peuvent stimu-  
ler l'initiative économique privée et accroître le bien-être des deux peuples,  
Sont convenues de ce qui suit :

*Article premier*

Aux fins du présent Traité:

1. Le terme "investissement" désigne toutes les formes d'avoirs, dont la modification  
du mode de placement ne porte pas atteinte à leur qualité d'investissement, et notamment :

a) La propriété des biens meubles et immeubles, ainsi que tous autres droits réels, tels  
qu'hypothèques et gages;

b) Les droits de participation dans des sociétés et autres formes de participation dans  
des sociétés;

c) Les créances portant sur des sommes d'argent ayant servi à créer une valeur écono-  
mique ou portant sur toute prestation ayant une valeur économique;

d) Les droits de propriété intellectuelle, tels que, notamment, les droits d'auteur, les  
brevets, les modèles déposés, les échantillons et modèles industriels, les marques, les noms  
commerciaux, les secrets commerciaux et de fabrication, les procédés techniques, le savoir-  
faire et la clientèle;

e) Les concessions de droit public, y compris les concessions relatives à la prospection  
et à l'extraction des ressources naturelles;

2. Le terme "revenus" désigne les sommes rapportées par un investissement pendant  
une période donnée, telles que participations aux bénéfices, dividendes, intérêts, redevan-  
ces, ou autres rémunérations du capital;

3. Le terme "investisseurs" désigne,

a) Personnes physiques:

En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

Les Allemands au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;

En ce qui concerne la République de Lettonie :

Les personnes ayant leur résidence permanente dans la République de Lettonie au sens de la législation de la République de Lettonie;

b) Sociétés:

Les personnes morales ainsi que les sociétés commerciales ou autres sociétés ou associations ayant ou non la personnalité juridique, qui ont leur siège sur le territoire d'une Partie contractante, qu'elles exercent ou non une activité lucrative.

*Article 2*

1. Chacune des Parties contractantes encourage dans la mesure de ses possibilités les investissements effectués sur son territoire par des investisseurs de l'autre Partie contractante et assure à ces investissements dans tous les cas un traitement juste et équitable.

2. Aucune des Parties contractantes ne portera préjudice sur son territoire à l'administration, à l'utilisation, à l'emploi ou à la mise à profit des investissements par des investisseurs de l'autre Partie contractante, d'une manière quelconque, au moyen de mesures arbitraires ou discriminatoires.

3. Le présent Traité s'applique aux investissements effectués conformément aux dispositions législatives de la Partie contractante sur le territoire de laquelle ils se trouvent. Chacune des Parties contractantes autorisera les investissements des investisseurs de l'autre Partie contractante sur son territoire conformément à ses dispositions législatives. Ces investissements sont pleinement protégés par le présent Traité.

4. La validité du présent Traité s'étend à la zone économique exclusive et au plateau continental sur lesquels la Partie contractante respective peut exercer des droits souverains et la compétence territoriale conformément au droit international.

*Article 3*

1. Chacune des Parties contractantes s'engage à assurer sur son territoire aux investissements autorisés appartenant à des investisseurs de l'autre Partie contractante, ou dépendant d'investisseurs de l'autre Partie contractante, un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde aux investissements de ses propres investisseurs ou des investisseurs d'Etats tiers.

2. Chacune des Parties contractantes s'engage à assurer sur son territoire aux activités des investisseurs de l'autre Partie se rapportant à leurs investissements autorisés un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde aux activités de ses propres investisseurs ou des investisseurs d'Etats tiers.

3. Ce traitement ne s'applique pas aux privilèges qu'une Partie contractante accorde aux investisseurs de pays tiers pour participer à une union douanière ou économique ou à une zone de libre échange ou en raison de leur association avec de tels groupements.

4. Le traitement prévu dans le présent article ne vise pas les avantages qu'une Partie contractante pourrait accorder aux investisseurs d'Etats tiers en vertu d'un accord visant à éviter la double imposition ou d'autres accords en matière fiscale.

*Article 4*

1. Les investissements effectués par des investisseurs d'une Partie contractante bénéficient sur le territoire de l'autre Partie contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.

2. Les investissements effectués par des investisseurs d'une Partie contractante ne font pas l'objet, sur le territoire de l'autre Partie contractante, de mesures d'expropriation, de nationalisation ou d'autres mesures dont les conséquences équivaldraient à une expropriation ou à une nationalisation, sauf pour cause d'utilité publique et moyennant le versement d'une indemnité.

L'indemnisation doit être de valeur équivalente à celle qu'avait l'investissement faisant l'objet de l'expropriation immédiatement avant la date à laquelle aura été annoncée publiquement la nationalisation ou la mesure équivalente. L'indemnité devra être versée sans retard et sera productrice d'intérêts jusqu'à la date du paiement aux taux d'intérêts bancaires usuels; elle devra être effectivement réalisable et librement transférable. Au plus tard à la date de l'expropriation, de la nationalisation ou des mesures équivalentes, les dispositions voulues devront être prises pour fixer le montant de l'indemnisation et en effectuer le versement. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou autres mesures équivalentes et le montant de l'indemnisation doivent pouvoir faire l'objet d'une vérification au cours d'une procédure judiciaire régulière.

3. Les investisseurs de l'une des Parties contractantes dont les investissements subissent un préjudice du fait d'une guerre ou d'un conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence nationale ou d'une émeute sur le territoire de l'autre Partie contractante, bénéficient de la part de cette autre Partie contractante d'un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde à ses propres investisseurs en matière de restitutions, de dédommagements, d'indemnités ou autres modes de règlements. Ces montants seront librement transférables.

4. En ce qui concerne les questions de réglementation dans le cadre du présent article, les investisseurs de chacune des Parties contractantes bénéficient sur le territoire de l'autre Partie contractante du traitement de la nation la plus favorisée.

*Article 5*

Chaque Partie contractante garantit aux investisseurs de l'autre Partie le libre transfert des paiements en rapport avec un investissement, notamment :

- a) Le capital et les fonds additionnels nécessaires au maintien ou à l'augmentation de l'investissement;
- b) Les revenus;
- c) Le remboursement des prêts;
- d) Le produit de l'investissement en cas de liquidation ou d'aliénation totale ou partielle;
- e) Les indemnités visées à l'article 4.



*Article 6*

Si l'une des Parties contractantes verse un montant quelconque à l'un de ses investisseurs, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, cette dernière reconnaît, sans préjudice du droit que confère à la première Partie l'article 10, la cession de tout droit ou créance de cet investisseur à la première Partie contractante, que ce soit en application d'une loi ou en vertu d'une transaction légale. L'autre Partie contractante reconnaît en outre la subrogation de la première Partie contractante dans lesdits droits et créances (créances cédées), que la première Partie est en droit d'exercer dans la même mesure que le ferait le prédécesseur en titre. Les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 4 ainsi que de l'article 5 sont applicables, mutatis mutandis, au transfert des paiements à effectuer en vertu des droits transférés.

*Article 7*

1. Les transferts visés aux paragraphes 2 et 3 de l'article 4 et aux articles 5 et 6 seront effectués sans retard au cours en vigueur.

2. Ce cours devra correspondre au taux croisé découlant des taux sur lesquels le Fonds monétaire international se baserait pour calculer les monnaies respectives en droits de tirage spéciaux à la date du paiement.

*Article 8*

1. S'il résulte des dispositions législatives de l'une des Parties contractantes ou d'obligations, actuelles ou futures, découlant du droit international en dehors du présent Traité, une réglementation générale ou particulière en vertu de laquelle doit être accordé aux investissements des investisseurs de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que celui qui est prévu dans le présent Traité, ladite réglementation prévaut sur le présent Traité dans la mesure où elle est plus favorable.

2. Chaque Partie contractante observe toute autre obligation qu'elle a pu contracter en ce qui concerne les investissements effectués sur son territoire par des investisseurs de l'autre Partie contractante.

*Article 9*

Le présent Traité s'applique également aux affaires en matière d'investissements conclues par des investisseurs de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre, conformément aux dispositions législatives de cette dernière, depuis le 1er janvier 1949 jusqu'à l'entrée en vigueur du présent Traité.

*Article 10*

1. Les différends qui pourraient surgir entre les Parties contractantes concernant l'interprétation ou l'application du présent Traité devront, autant que faire se pourra, être résolus à l'amiable par les Gouvernements des deux Parties contractantes.

2. Si un différend ne peut être résolu de cette manière, il sera soumis à un tribunal arbitral à la demande de l'une des Parties contractantes.

3. Le tribunal arbitral sera constitué sur une base ad hoc; chaque Partie contractante désignera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour désigner en tant que président un ressortissant d'un Etat tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres du tribunal sont nommés dans un délai de deux mois, et le président dans un délai de trois mois, à compter de la date à laquelle l'une des Parties contractantes a fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral.

4. Si les délais prescrits au paragraphe 3 ci-dessus n'ont pas été observés, l'une ou l'autre des Parties contractantes peut, faute d'un autre arrangement, demander au Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations voulues. Si le Président est un ressortissant de l'une ou l'autre des Parties contractantes ou s'il est empêché pour toute autre raison de s'acquitter de cette fonction, il appartient au Vice-Président de procéder aux nominations voulues. Si le Vice-Président est un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est lui aussi empêché de s'acquitter de cette fonction, le membre de grade immédiatement inférieur de la Cour internationale de Justice, qui n'est le ressortissant d'aucune des Parties contractantes, procède aux nominations voulues.

5. Le tribunal arbitral se prononce à la majorité des voix. Ses décisions ont force obligatoire.

Chacune des Parties contractantes supporte les frais de son arbitre et de ses représentants à la procédure arbitrale; les frais afférents au Président du tribunal et les autres frais sont répartis à part égale entre les Parties contractantes. Le tribunal peut ordonner une répartition différente des frais. A tous autres égards, le tribunal arbitral arrête lui-même sa procédure.

6. Si les deux Parties contractantes sont également parties à la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats<sup>1</sup>, il ne peut être fait appel au tribunal arbitral visé ci-dessus, en vertu des dispositions du paragraphe 1 de l'article 27 de ladite Convention, si l'investisseur de l'une des Parties contractantes est parvenu à un accord avec l'autre Partie contractante comme prévu à l'article 25 de la Convention. Les dispositions qui précèdent n'empêchent toutefois pas de faire appel à un tel tribunal arbitral lorsqu'une décision du tribunal arbitral visé à l'article 27 de ladite Convention n'est pas respectée, ou encore dans le cas d'une cession résultant d'une loi ou d'une transaction légale visée à l'article 6 du présent Traité.

#### *Article 11*

1. Les différends qui pourraient surgir entre l'une des Parties contractantes et un investisseur de l'autre Partie contractante au sujet des investissements devront, autant que faire se pourra, être résolus à l'amiable entre les Parties en litige.

2. Si un différend ne peut être résolu dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle l'une des Parties l'aura soulevé, il sera soumis à une procédure d'arbitrage à la demande de l'investisseur de l'autre Partie contractante. Dans la mesure où les parties au litige

---

1. Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 159.

n'en sont pas convenues autrement, seront applicables, mutatis mutandis, les dispositions des paragraphes 3 à 5 de l'article 10, sous réserve que les parties au litige désigneront les membres du tribunal arbitral et que, si ne sont pas observés les délais mentionnés au paragraphe 3 de l'article 10, chacune des parties au litige pourra, faute d'autres dispositions, demander au Président de la Cour d'arbitrage de la Chambre de commerce internationale de Paris de procéder aux désignations voulues. La sentence arbitrale sera exécutée selon les dispositions de la législation interne.

3. La Partie contractante partie au litige ne fera pas valoir au cours d'une procédure arbitrale ou de l'exécution d'une sentence arbitrale le fait que l'investisseur de l'autre Partie contractante à obtenu au titre de l'assurance une indemnisation pour une partie ou la totalité du dommage.

4. Au cas où des deux Parties contractantes deviennent également parties à la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends entre Etats et ressortissants d'autres Etats, les différends visés dans le présent article seront soumis à une procédure arbitrale dans le cadre de ladite Convention, à moins que les parties au litige n'en conviennent autrement; chacune des Parties contractantes accepte de procéder ainsi.

#### *Article 12*

Le présent Traité est applicable indépendamment de l'existence de relations diplomatiques ou consulaires entre les Parties contractantes.

#### *Article 13*

1. Le présent Traité est soumis à ratification; l'échange des instruments de ratification aura lieu dès que possible.

2. Le présent Traité entrera en vigueur un mois après la date de l'échange des instruments de ratification. Il demeurera en vigueur pendant une période de dix ans et sera ensuite reconduit pour une période indéterminée, sauf dénonciation par l'une des Parties contractantes moyennant un préavis écrit de douze mois avant son expiration. Au bout de dix ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment avec préavis de douze mois.

3. Les dispositions des articles 1 à 12 du présent Traité continueront de s'appliquer aux investissements réalisés avant la date de l'expiration du présent Traité pendant 20 ans encore après la date à laquelle le présent Traité aura cessé de produire ses effets.

Fait à Bonn le 20 avril 1993, en deux exemplaires en allemand et en letton, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne:

KINKEL

Pour la République de Lettonie:

G. ANDREJEVS

## PROTOCOLE

Lors de la signature du Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Lettonie relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements, les plénipotentiaires soussignés sont également convenus des dispositions suivantes, qui font partie intégrante du Traité :

### 1. Au sujet de l'article premier

a) Les revenus d'un investissement et ceux afférents à leur réinvestissement jouissent de la même protection que l'investissement lui-même.

b) Sans préjudice des autres procédures visant à établir la qualité d'investisseur d'une personne physique, est notamment considérée comme investisseur toute personne physique qui possède un document personnel d'identité délivré par une autorité compétente de la Partie contractante concernée.

### 2. Au sujet de l'article 3

a) Par "activités" au sens du paragraphe 2 de l'article 3, on entend en particulier, mais non exclusivement, l'administration, l'emploi, l'utilisation et la mise à profit d'un investissement. Par "traitement moins favorable" au sens de l'article 3, on entend en particulier : les restrictions à l'achat de matières premières et des matières auxiliaires, d'énergie et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tous types, les entraves à la vente de produits dans le pays et à l'étranger et toute mesure ayant des effets analogues. Les mesures adoptées pour des raisons de sécurité et d'ordre public, de santé publique ou de moralité ne sont pas considérées comme traitement "moins favorable" au sens de l'article 3.

b) Aux termes des dispositions de l'article 3, une Partie contractante n'est pas tenue d'accorder aux investisseurs sur le territoire de l'autre Partie contractante les avantages, exonérations et abattements fiscaux dont la législation fiscale dispose uniquement à l'égard des investisseurs domiciliés sur son territoire.

c) Les Parties contractantes examinent avec bienveillance, conformément à leur législation interne, les demandes d'entrée et de séjour émanant de personnes de l'autre Partie contractante qui, à l'occasion d'un investissement, souhaitent pénétrer sur le territoire de la première Partie contractante; la même règle sera d'application pour les salariés d'une Partie contractante qui, à l'occasion d'un investissement, souhaitent pénétrer sur le territoire de l'autre Partie contractante et y séjourner pour exercer une activité salariée. Les demandes de permis de travail liées à un investissement sont également examinées avec bienveillance.

### 3. Au sujet de l'article 4

L'investisseur a droit à indemnisation également lorsque l'entreprise à laquelle il participe subit, en raison des mesures visées à l'article 4, un préjudice économique notable.

### 4. Au sujet de l'article 5

a) En attendant l'introduction d'une monnaie nationale, mais jusqu'au 31 décembre 1993 au plus tard, la République de Lettonie fera tout son possible pour procurer les devises nécessaires au libre transfert des paiements, en particulier au transfert des revenus.

Indépendamment de cela, les indemnisations visées à l'article 4 sont librement transférables.

b) Une fois la monnaie nationale introduite, ou après l'expiration du délai susmentionné, l'article 5 s'appliquera sans restriction.

5. Au sujet de l'article 7

a) On considère que le transfert est effectué "sans retard" au sens du paragraphe 1 de l'article 7 lorsqu'il est réalisé dans le délai normalement nécessaire pour l'accomplissement des formalités de transfert. Ce délai, qui ne pourra en aucun cas excéder deux mois, commencera à courir au moment de la remise de la demande correspondante.

b) Pour la République de Lettonie, le cours utilisé le jour du transfert est fixé par la Banque de Lettonie.

6. Clause concernant les transports

Pour ce qui est du transport de marchandises et de personnes qui ont un rapport avec un investissement, ou qui ont une activité économique liée à un investissement, les Parties contractantes n'interdisent pas et n'entravent pas les activités des sociétés de transport de l'autre Partie contractante et, en tant que de besoin, accordent les autorisations nécessaires pour l'exécution des transports. Ceci concerne le transport :

a) Des marchandises qui sont destinées directement à un investissement au sens du présent Traité ou qui sont achetées sur le territoire d'une Partie contractante ou d'un Etat tiers par ou sur ordre d'une entreprise où sont investis des avoirs au sens du présent Traité;

b) Des personnes visées ci-dessus qui voyagent à l'occasion d'un investissement.

Fait à Bonn le 20 avril 1993, en deux exemplaires en allemand et letton, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne:

KINKEL

Pour la République de Lettonie:

G. ANDREJEVS

Échange de Notes

I

MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

RÉPUBLIQUE DE LETTONIE

Bonn, le 20 avril 1993

Monsieur le Ministre,

Comme suite à la signature du Traité entre la République de Lettonie et la République fédérale d'Allemagne relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements, j'ai l'honneur de vous faire savoir ce qui suit :

Le Gouvernement de la République de Lettonie, après avoir pris connaissance du fait que les autorités compétentes de la République fédérale d'Allemagne peuvent accorder aux investisseurs allemands des mesures pour promouvoir les investissements en Lettonie avant l'entrée en vigueur du Traité, appliquera le Traité dès la date de sa signature. Cette déclaration est faite en attendant que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne considère l'adoption de garanties pour les investissements en Lettonie avant l'entrée en vigueur du Traité.

Veillez agréer, etc.

Le Ministre des affaires étrangères de la République de Lettonie,  
G. ANDREJEVS

Monsieur K. Kinkel  
Ministre des affaires étrangères  
de la République fédérale d'Allemagne  
Bonn

II  
LE MINISTRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES  
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

Bonn, le 20 avril 1993

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note de ce jour, dont le texte est le suivant :

*[Voir note I]*

Veillez agréer, etc.

KINKEL

Monsieur Georgs Andrejevs  
Ministre des affaires étrangères  
de la République de Lettonie

